

Erinnerungskultur

Denkmalsturz und Namenswechsel. Ehrung und Entehrung in der Kontroverse¹

WINFRIED SPEITKAMP

Einführung: Ehrung und Entehrung

Historiker werden immer wieder um Stellungnahmen gebeten, wenn Straßenbenennungen oder Denkmäler in die Diskussion geraten, wenn gefordert wird, Anstößiges zu beseitigen, etwa Kolonial- oder Kriegerdenkmäler oder Objekte mit Bezug zum Nationalsozialismus. Im Oktober 2016 konnte man der Presse entnehmen, dass das Geburtshaus Hitlers im österreichischen Braunau am Inn abgerissen werden solle. Hitler hat dort nur wenige Monate nach der Geburt gelebt, und man behauptet auch nicht, dass das Haus Hitler zum Nationalsozialisten gemacht habe und deshalb zerstört werden müsse. Man wollte, so hieß es, lediglich verhindern, dass das Haus als Wallfahrtsort für Neonazis diene. Keller und Bodenplatte sollten erhalten bleiben, darauf sollte ein neues Gebäude entstehen. Man hatte Angst, dass eine freigelassene Fläche erst recht zum sakralen Ort der Rechten werden würde. Entschieden hatte das die Regierung, vorausgegangen war das Votum einer Expertenkommission. Im Dezember allerdings beschloss das Parlament nur die Enteignung; das Gebäude sollte dann nach einer Sanierung der Lebenshilfe Oberösterreich zur Nutzung angeboten werden, um ein deutliches Zeichen gegen Hitlers Weltanschauung und Politik zu setzen.

In solchen Debatten ist immer auch historische Expertise gefragt. Zugleich geht es um mehr als um Geschichte, es geht um Symbolik und symbolisches Handeln und, was Denkmäler und Straßennamen angeht, um Ehrung und Entehrung. Warum wird eigentlich beständig geehrt, Ehre zugeteilt, dann aber auch wieder entzogen? Warum werden Denkmäler errichtet und dann auch wieder gestürzt? Nach welchen fachlichen, politischen oder moralischen Kriterien wird dabei geurteilt und gehandelt? Die Beispiele sind vielfältig und jedem präsent, sie erstrecken sich nicht nur auf Zeiten und Räume politischer Systemwechsel. Kontroversen um Symbolwechsel flammen immer wieder auf, unkalkulierbar in ihrem Entstehen und unberechenbar in ihrer Dynamik und ihrem Ausgang. Das gilt namentlich für die Zeit seit der letzten Jahrtausendwende.

1 Bei dem vorliegenden Beitrag handelt es sich um die erheblich gekürzte, bearbeitete und neu gerahmte Fassung meines Beitrags: Verlorene Ehre. Ehrungen im politischen Streit um Vergangenheit und Gegenwart, in: Dietmar von Reeken/Malte Thießen (Hg.), Ehrregime. Akteure, Praktiken und Medien lokaler Ehrungen, Göttingen 2016, S. 311–342. Dort finden sich die Einzelnachweise, auf weitere Belege wurde hier daher verzichtet.

Nur wenige Beispiele seien aufgeführt: In Gießen ist das Otto-Eger-Heim, ein Studierendenwohnheim mit Mensa, wegen der NS-Belastung des Namensgebers Ende 2015 umbenannt worden.² Der Jurist Otto Eger hatte von 1918 bis 1946 in Gießen gelehrt.

Nun heißt das Gebäude Mildred-Harnack-Fish-Haus. Die neue Namensgeberin war am Widerstand gegen das „Dritte Reich“ beteiligt und ist 1943 von den Nationalsozialisten hingerichtet worden. In Marburg ist im September 2016 das Gebäude der Kunstwissenschaft, das Ernst-von-Hülens-Haus³ – von Hülens war von 1920 bis 1945 Kurator, das heißt Verwaltungschef, der Universität – umbenannt worden; es heißt jetzt offiziell „Kunstgebäude“ – ein auf den ersten Blick relativ schwacher Begriff, man darf gespannt sein, ob er in der Lage sein wird, im alltäglichen Sprachgebrauch den alten zu überlagern. Die Stadt Gießen sah sich kürzlich veranlasst, sich von der Hermann Schlosser, langjähriger Vorstandsvorsitzender der DEGUSSA, 1965 verliehenen Ehrenbürgerernennung durch das Stadtparlament zu distanzieren, wegen der schweren Verstrickung des Konzerns in die NS-Politik.³ Zu den jüngeren Entwicklungen zählt auch das Bemühen mancher Kommunen, zum Beispiel Münchens, alle Straßennamen einer Überprüfung zu unterziehen, um Belastetes zu identifizieren. In Freiburg hat eine Historikerkommission vorgeschlagen, zwölf Straßennamen abzuändern, darunter den Martin-Heidegger-Weg, und andere um erklärende und distanzierende Tafeln zu ergänzen, unter anderem die Fichtestraße, benannt nach dem Philosophen Johann Gottlieb Fichte.

In den Debatten um Ehrungen und Entehrungen schlagen sich Zeitstimmungen, Gefühlslagen, Generationenempfindungen und politische Konflikte nieder. Oft sind lokale und überregionale Kontroversen dabei verknüpft, und häufig ist die Entschlüsselung derartig vermengter Konfliktlagen schon die erste Herausforderung, wenn man verstehen will, was passiert. Aber wenn in Deutschland Hindenburg als Namensgeber wie in Münster immer noch und erneut kontrovers diskutiert wird, wenn in Russland erwogen wird, Stalin wieder als Namensgeber einzusetzen, nämlich für Wolgograd, das schon einmal Stalingrad hieß, wenn Universitäten und Städte ihre vergangene Namenspolitik durchforsten, wenn in Kapstadt und Oxford die „Rhodes-must-fall“-Bewegung die Beseitigung von Denkmälern des britischen Kolonialpropagandisten Cecil Rhodes fordert – dann sagt das offenkundig etwas über die Gesellschaft aus, über politische Konjunkturen und Paradigmenwechsel.

Die teilweise dramatischen Konflikte deuten darauf hin, dass es um mehr geht als bloß um Symbole, Namen, Objekte. Der Historiker Martin Sabrow hat von „historischem Exorzismus“ gesprochen, der Denkmalpflege- und Architekturkritiker Arnold Bartetzky, auch im Kontext der „Rhodes must fall“-Bewegung, von einem „Reflex, unliebsame Zeugnisse der Vergangenheit zu eliminieren“, und sogar von der „Tyrannei der Beleidigten“. Solche Wertungen polarisieren. Es geht

2 S. dazu unten Anhang 1 Rede der Kanzlerin der Justus-Liebig-Universität Gießen. Susanne Kraus, S. 422.

3 S. dazu im Einzelnen unten Anlage 2; Beitrag von Ulrike Krauthelm, S. 429.

immerhin um ernsthafte und tiefgreifende Wunden in der Gesellschaft, im Extremfall auch um Täter und Opfer von Diktaturen, es geht bei Auseinandersetzungen über Ehrung und Entehrung um die Frage, ob und wie eine Verständigung über Vergangenheit, Werte und gemeinsame Identität möglich und nötig ist.

Auch wenn der Begriff der Ehre überholt scheint, so wird nach wie vor auf vielen Feldern geehrt, von individuellen Auszeichnungen bis zu Namensgebungen, von Vereinen bis zu Universitäten, von Kommunen bis zu Staaten. Das belegt die enorme Attraktivität von Ehrungen, Menschen sind stolz auf Ehrenbezeugungen, auf symbolische Anerkennung, auf die Anerkennung für langjährige Mitgliedschaft oder die Auszeichnung für besondere Leistungen, auf die Verdienstmedaille, auf das Bundesverdienstkreuz. Ehrnachweise sind symbolisches Kapital, mit dem Menschen wuchern können. Menschen ehren aber auch gern selbst, verleihen Ehrenzeichen und Ehrenbürgerschaften oder Ehrenmitgliedschaften und Preise. Dabei erhofft sich der Ehrende von der vergebenen Ehre mit zu profitieren: Die Stadt, die eine Ehrenbürgerschaft verleiht, der Verein, der langjährige Mitgliedschaft auszeichnet, die Universität, die gute Absolventen ehrt – alle Ehrenden ehren sich zunächst einmal selbst für ihren Status, für ihre Möglichkeit, überhaupt Ehre verleihen zu können, für die Treue ihrer Mitglieder, die Qualität ihrer Studierenden. Im Ehrungsprozess fällt immer auch etwas für den Stifter oder Überbringer der Ehre ab. Und wenn der Geehrte die Ehrung ablehnt oder auch nur mangelnde Begeisterung erkennen lässt, wie Bob Dylan 2017 nach der Zuerkennung des Nobelpreises, dann ist das eine Beleidigung, eine Entehrung der Ehrwilligen.

Menschen streben also nach Anerkennung, in der Gesellschaft, vor ihren sozialen Bezugsnetzen, Familie, Verein, Berufskollegen, Kommilitonen und Menschen handeln mit Anerkennung, indem sie Ehrung vergeben. Worum geht es da eigentlich, wozu dienen solche Ehrungen, und warum sind Ehrungen nach wie vor so brisant, dass darüber scharfe politische Konflikte entstehen? Warum war es gerade für diktatorische Regime, ob „Drittes Reich“ oder DDR, so wichtig, möglichst viele Bürger zu ehren – freilich nicht alle. Wird die Ehre entwertet, wenn fast jeder irgendeinen Orden erhält, wie das in Diktaturen gängig ist? Welche Bedeutung haben Ehrung, Ehre und Entehrung für die Verortung des einzelnen in der Gesellschaft? Ehrungen sind Erinnerungspolitik. Die Ehrung ist die Form der Erinnerung mit höchster Dignität und Nachhaltigkeit. Wer geehrt ist, in Straßennamen oder Denkmal, wird erinnert. Umso dramatischer ist, wenn sich das Bild des Geehrten wandelt, wenn Belastungen und Fehlverhalten zutage treten, wenn der Denkmalsturz droht.

Die hier angerissenen Fragen und Aspekte sollen zunächst im Blick auf Namensgebungen, besonders bei Straßen, und dann mit Blick auf Denkmäler und Denkmalstürze verfolgt werden.

Straßennamen und Namenswechsel

Die Geschichte der Namensgebungen und Namenswechsel ist ein Spiegel der Wechselfälle der Geschichte, denn bei Straßennamen ist eine ständige Neube-

nennung möglich. So gibt es in Kassel einen Platz, der früher Wilhelmshöher Platz genannt wurde. In Napoleonischer Zeit hieß er für einige Zeit Napoleonshöher Platz, dann wieder Wilhelmshöher Platz, nach 1933 Adolf-Hitler-Platz und heute Brüder-Grimm-Platz. Die Namen wechseln, die Straße bleibt und mit ihr zumindest nicht selten auch die Erinnerung an historische Benennungen.

Straßennamen haben zunächst einmal Differenzierungs- und Orientierungsfunktion in der Stadt. Man benötigt sie. Deshalb sind Namenswechsel auch nicht unproblematisch. Sie schaffen zumindest Verwirrung, für Rettungswagen, Lieferdienste, Navigationssysteme und Ortsfremde. Noch mehr Verwirrung kommt auf, wenn widerspenstige, traditionalistische Bürger den alten Namen nicht aufgeben wollen, inoffiziell weiterführen, gar das Straßenschild aufbewahren und am Haus anbringen. Zugleich sind Straßennamen, die Personen gelten, immer Namen, die Ehre ausdrücken sollen. Das macht eine Historisierung schwierig. Während man ein missliebiges Denkmal vielleicht stehen lassen kann und mit einer Tafel erklären, ist das bei Straßennamen als Alltagsehrenzeichen kaum sinnvoll möglich. Man kann in ein Adressfeld oder auf der Visitenkarte nicht noch die Erklärung einfügen, warum die Straße Hindenburgstraße heißt, warum Hindenburg eine problematische Rolle gespielt hat und man die Straße heute nicht mehr so benennen würde. Die Orientierungsfunktion verlangt Kürze, und doch wird die Ehrung damit mittransportiert.

Darüber hinaus stehen Straßennamen im Zusammenhang eines Zeichensystems mit historischen Bezügen, das uns allenthalben umgibt, ohne dass wir uns dies bewusst machen und ohne dass wir im Einzelnen darüber ständig nachdenken und urteilen. Das umfasst neben den Straßennamen die Benennungen von Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen. Hier ist die Bezeichnung manchmal schon deshalb problematischer, weil die Institution einer Aufgabe gewidmet ist, die Ehrung also einen didaktisch-pädagogischen Unterton hat. Wenn eine Schule heute noch nach Hindenburg benannt ist, ist das wohl doch etwas anderes als im Fall einer Straße. Zu dem Zeichensystem mit historischen Bezügen gehören im übrigen Briefmarken, Münzen und Banknoten. Sie bilden eine alltägliche Geschichtslandschaft, in der wir uns bewegen, ohne lange nachzudenken. Es ist allerdings unklar, welche Wirkungen davon ausgehen. Dass bestimmte Namen zum Beispiel von NS-Tätern für die Opfer und deren Nachkommen unerträglich sind, ist sofort nachvollziehbar. Aber mehr kann man kaum sagen. Werden wir militaristisch, wenn wir in einer Mackensenstraße aufwachsen? Wenn die Carl-Peters-Straße problematisch ist, weil sie auf einen rassistischen und brutalen Kolonialisten verweist, gilt das auch für die Togo-Straße, oder kann man sie zum bloß geographischen Bezug umdeuten? Fast kein Fall klärt sich von selbst, jeder scheint von konkreten Umständen geprägt und bedarf demnach jeweils einer Einzelfalldebatte. Aber wann die Debatten ausbrechen, scheint unkalkulierbar. Straßennamen sind quasi schlafende Erinnerungen. Sie stehen im Kontext vergleichbarer Erinnerungszeichen, die eher subkutan wahrgenommen und oft jahrelang nicht verstanden werden, dann aber irgendwann an Brisanz gewinnen.

Bei Straßennamen handelt es sich größtenteils um topographische Benennungen oder um Bezugnahmen auf Flora und Fauna. Ein erhöhtes Bedürfnis, Straßen mit

Personennamen zu belegen, kam seit dem frühen 19. Jahrhundert auf und dann besonders bei den großen Expansionsschüben und Eingemeindungswellen im Zuge der Urbanisierung am Ende des 19. Jahrhunderts. Bedürfnisse des Bürgertums nach Identitätsvergewisserung, nach Bestärkung bürgerlicher Autonomie, aber auch nach nationalen Sinnzeichen wirkten zusammen. Neben Fürsten und Kriegsherren wurden nun auch Bürger derart geehrt. Personennamen dienten vermehrt dem Nachweis einer kulturellen Orientierung, sie waren oft mehr der Kulturnation im weitesten Sinn gewidmet. Das wirkt sich bis in die heutige Straßenlandschaft aus, ohne dass das immer bewusst ist: Beispielsweise dürften die meisten heute gar nicht mehr wissen, dass Friedrich Ludwig Jahn, der sogenannte Turnvater, zu den meistgeehrten Personen des 19. Jahrhunderts zählt, in Denkmälern nach Wilhelm I. und Bismarck vermutlich an dritter Stelle, und heute noch in personenbezogenen Straßennamen an dritter Stelle hinter Schiller und Goethe rangiert. In Deutschland gab es ca. 150 Jahndenkmäler, und noch heute existieren nach den Zahlen von Rainer Pöppinghege 1.913 Jahnstraßen gegenüber 2.231 Schillerstraßen und 2.145 Goethestraßen. Die Begeisterung für Jahn im Kaiserreich ist unschwer zu erklären: Jahn stand für die Gründung der Nation aus dem Geist des Bürgertums in der Zeit der Befreiungskriege, für Franzosen- und Judenfeindschaft, aber auch für das emanzipative Potential der bürgerlichen Nationalbewegung. Viele konnten für sie jeweils Passendes in ihn hineinlesen: die nationaldemokratisch Gesinnten, die Großdeutschen, die Völkischen, die Preußen, die Kleinstaatenvertreter, die Bürger, die Gebildeten und Studenten. Im Rahmen des nationaldeutschen Denkens war Jahn, wie ein Passepartout, auch im 20. Jahrhundert ein nützliches Symbol. Noch in der Bundesrepublik blieb er auch ein Vorbild der Jugend, wie zahlreiche Jahn-Turnhallen bis heute bezeugen. Da gilt er quasi als unpolitischer Vorturner der Schulnation. Selbst in der DDR blieb Jahn als Kämpfer für die bürgerlich-nationale Befreiung akzeptabel und ehrenwürdig.

Ein anderer Held des Bürgertums im späten 19. Jahrhundert war Bismarck. Eine Flut von Ehrungen erfolgte vor allem nach seinem Ausscheiden aus dem Amt: Denkmäler, Türme und Ehrenbürgerschaften, oft kollektive Ehrenbürgerschaften ganzer Stadtverbände, und das auch in Regionen, die nicht direkt mit Bismarcks Preußen zu tun hatten wie Thüringen oder sogar die Kolonien, wo es mehr Bismarck- als Kaiser-Wilhelm-Denkmal gab, obwohl Bismarck kein begeisterter Befürworter eines Kolonialreichs war. Bismarck wurde auf jede erdenkliche Weise eher als Abstraktum geehrt, als Signum der Stärke der Nation, als deutscher Roland, meist stark stilisiert, kaum als Individuum. Und man konnte Bismarck immer wieder umdeuten. Zahllose Bismarck-Benennungen und -Denkmäler sind deshalb in Westdeutschland erhalten geblieben, trotz kurzzeitiger Zweifel in manchen Kommunen.

Im 19. Jahrhundert jedenfalls installierte das deutsche Stadt- und Bildungsbürgertum seine Erinnerungslandschaft aus einer Fülle an historischen Zeichen, zusammengesetzt aus monarchischen, nationalen und kulturellen Elementen, hybrid, aber nicht unentschlossen, Spiegel der nationaldeutschen Erinnerungskultur. Diese bürgerliche Zeichenwelt hielt nicht über die Weltkriege hinaus. Jeweils nach Zäsuren wurden nun, im 20. Jahrhundert, neue systemgerechte

Straßennamen vergeben, besonders in den zentralen Bezirken, für die offiziellen Anschriften, aber auch als Demonstration politischer Loyalität bis in jede Kleinstadt hinein. Dabei zeigen die Straßennamen gerade in autoritären Regimen paradigmatisch das jeweilige Pantheon, die sakralisierten Figuren: Üblicherweise setzt sich das zusammen aus erstens den Märtyrern, bei den Nationalsozialisten Horst Wessel, in der DDR Thälmann und manchmal Liebknecht und Luxemburg, zweitens den historischen Vorläufern und Vorbildern, auch im Dritten Reich noch Hindenburg, in der DDR die Vertreter der bürgerlichen Revolution, beispielsweise Babeuf, drittens den Großen des Regimes, im Nationalsozialismus Hitler, Göring, in der DDR etwa Wilhelm Pieck, und viertens weiteren je spezifischen Gruppen, etwa regionalen oder lokalen NS-Größen, in der DDR auch Vertretern der sogenannten Bruderstaaten. Die Zusammensetzung konnte sich wandeln: Die DDR nahm die Großen der Befreiungskriege auf, als sie diese als Kämpfer für die nationalrevolutionäre Sache, die Befreiung vom Westen oder für die deutsch-russische Waffenbrüderschaft reklamieren wollte.

Nach 1945 ging man im Westen höchst zögerlich in der Politik des Ehrwechsels vor. Nur die Namen der unzweideutig nationalsozialistischen Größen verschwanden. Bei vielen anderen, zum Beispiel Carl Peters, dem Kolonialenthusiasten, den die Nationalsozialisten als Helden stilisiert hatten, oder bei Hindenburg versuchte man zwischen der eigentlichen Person und der nationalsozialistischen Nutzung zu unterscheiden. Bei Hindenburg strich man am ehesten diejenigen Ehrenbürgerschaften und Benennungen, die seit 1933 erfolgt waren, behielt dagegen diejenigen eher bei, die vor 1933 vergeben worden waren, also in republikanischen Zeiten – ungeachtet der möglicherweise antirepublikanischen Intention.

Nach 1989 war die Konstellation noch komplexer; über die Namenslandschaft auf DDR-Gebiet wurde lange gestritten, mit höchst unterschiedlichen Resultaten: War Thälmann als Opfer des Nationalsozialismus nicht doch noch der Ehrung würdig? War Rosa Luxemburg primär Opfer und zugleich als Urheberin der Formel von der Freiheit der Andersdenkenden nicht auch für die Demokratie zu reklamieren? Oder musste sie als bloße Vorkämpferin des Kommunismus und des revolutionären Kampfes gegen die Weimarer Republik nicht doch in die Vorgeschichte der DDR eingegliedert und daher aus der Vorgeschichte der Bundesrepublik ausgegliedert werden? Wo war Karl Liebknecht in diesem Zusammenhang einzuordnen? Musste man Karl Marx von den Straßenschildern in den neuen Ländern streichen – obwohl es im Westen, beispielsweise in der Geburtsstadt Trier, noch viele Formen der symbolischen Marx-Ehrung gab, einschließlich Straßennamen? Die Antworten sind vielfältig und widersprüchlich ausgefallen.

Ebenso strittig war die Frage, wie man mit Straßennamen umgehen sollte, die an Ereignisse oder Konstellationen erinnerten. Eine Straße der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft (landläufig: „Straße der DSF“) gab es in vielen DDR-Städten, einige wenige gibt es heute noch. Als historischer Tag in der deutschen Geschichte gilt bekanntermaßen der 9. November mit seiner mehrfachen Bedeutung, aber der 3. Oktober wurde nun einmal Nationalfeiertag. Es gibt allerdings nur vier Straßen, die nach dem 3. Oktober benannt sind. Und die erste Straße, die nach dem 9.

November benannt ist, fand sich in Paris: Seit 2010 existiert in Berlin ein Platz des 9. November 1989, aber schon seit 2007 in Paris die Esplanade du 9 novembre 1989. Überhaupt war man in Paris sehr schnell bei der Einstellung auf neue Zeitverhältnisse: Schon kurz nach der Umbenennung von Leningrad in St. Petersburg 1991 reagierte auch die Pariser Stadtverwaltung: Aus der Rue Leningrad wurde die Rue des St. Petersburg. Und hier offenbart sich die höchst suggestive und sehr geschichtsmächtige Wirkung der Benennungspolitik. Indem man bestimmte Wörter qua Straßennamen ächtet, schafft man zumindest auf die Dauer eine selbstverständliche neue Begriffswahl, die de facto zu einer *damnatio memoriae* führt und den öffentlichen Sprachgebrauch steuert.

Historiker sind damit in einer schwierigen Situation. Einerseits werden sie oft als Experten gefragt, welche Namen denn noch zulässig seien, ob ein bestimmter Name beibehalten werden könne. Andererseits ist für sie der Namenswechsel selbst Gegenstand von Forschung. Sie beeinflussen also als Experten die Straßennenennungen, die sie dann als Wissenschaftler untersuchen. Und schließlich sind sie selbst in einen Alltag eingebunden, müssen also Dinge benennen, dies auch beim wissenschaftlichen Schreiben. Insofern sind gerade die alltäglichen Zeichen gar nicht so unwirksam, selbst wenn man sich ihre Aussage nicht ständig bewusst macht. Straßennamen belegen einerseits den konkreten Raum, andererseits die Alltagssprache und selbst die Wissenschaftssprache, also den Raum der Kommunikation.

Wie kann man also umgehen im Namenswechsel? Mehrere Wege werden gewählt:

Erste Variante: Beibehaltung des Namens mit einer Historisierung und/oder Relativierung der Belastungen und Verbrechen. Dabei wird dann etwa auf Zeitumstände verwiesen, die Fehlverhalten entschuldbar oder zumindest erklärbar machen und den Namen erträglicher erscheinen lassen.

Zweite Möglichkeit: Beibehaltung des Namens und Bewahrung als negatives Erinnerungsmal, eventuell ergänzt um eine Historisierung durch eine erklärende Tafel. Dabei gilt es also die Ambivalenz der Geschichte zu akzeptieren. Wolf Biermanns Lied „Acht Argumente für die Beibehaltung des Namens ‚Stalinallee‘ für die Stalinallee“ (1973) zählte die Schrecknisse der DDR-Geschichte auf, die dort passiert waren, und plädierte – ironisch – dafür, den Namen der Straße, die im Zuge der Entstalinisierung in Karl-Marx-Allee umbenannt worden war, gerade wegen ihrer besonderen Geschichte beizubehalten.

Dritte Option: Eine partielle Änderung des Namens oder eine neue Kontextualisierung. Es ist etwas anderes, ob die Straße Marxstraße heißt, die benachbarte Engels- und die dann folgende Leninstraße – dann geht es um drei Vordenker und Vorkämpfer des Kommunismus – oder ob an die Marxstraße die Hegelstraße und die Kantstraße anschließen – dann handelt es sich um die Verbindung von Philosophen, Marx würde dabei also nicht primär für den Marxismus in Anspruch genommen, sondern für die deutsche Philosophie. Es ist etwas anderes, ob eine Richard-Wagner-Straße zwischen Beethoven-, Mozart- und Händelstraße liegt – dann wird er erkennbar primär als Musiker in Erinnerung gerufen – oder ob Wagner in der Straßenlandschaft zwischen Jahn, Arndt und Körner angesiedelt ist;

dann wird er im Kontext der deutschen Nationalbewegung geehrt. Doch fragt sich, ob die Nutzer einer Straße derartig feine Differenzierungen wahrnehmen.

Vierte Lösung: Die komplette Beseitigung des Namens, eine *damnatio memoriae*.

Das Freiburger Gutachten zur Überprüfung der kommunalen Straßennamen schlug eine Verbindung verschiedener Vorgehensweisen vor. Offenbar gibt es Abstufungen zwischen Beibehalten, Beibehalten mit Erklärung, Entfernen und Neu-belegen. Und es gibt Namen, die nach einem Systemwechsel immer als unerträglich erscheinen, auch im Blick auf die Gefühle der Opfer und ihrer Nachkommen. Das gilt an erster Stelle für NS-Verantwortliche wie Hitler, Himmler, Göring und Goebbels. Bei diesen, namentlich bei Hitler, hat das Thema noch eine weitere Dimension, die schon zum Denkmalsturz überleitet. Wie oben erwähnt, wurde erwogen, das Geburtshaus Adolf Hitlers abzureißen und den Ort neu zu bebauen. Kein bauliches Relikt sollte hier mehr an Hitler erinnern, um die Aura des Orts aufzulösen. Damit gewinnt das Problem eine materiale Dimension; Erinnerung bindet sich häufig an konkrete Orte und Dinge sowie an die davon vermeintlich ausgehende Aura. Daran schließt sich die Frage, ob mit der Beseitigung der materialen Objekte die Erinnerung gelöscht werden kann.

Denkmäler und Denkmalsturz

Während Straßen bei Namenswechseln fortexistieren, kann man Gebäude und Denkmäler vollständig verschwinden lassen. Ganz so einfach scheint es aber doch nicht zu sein. Robert Musil hat in einer vielzitierten Formulierung sehr zu Recht festgestellt, dass man Denkmäler jahrelang übersieht, aber sie wahrnimmt, wenn sie plötzlich fehlen, wenn sie gestürzt sind. Es könnte auch heißen: Man nimmt sie wahr, sobald sie umstritten sind, sobald diskutiert wird. Denkmäler im engeren Sinn haben wie Straßennamen eine Orientierungsfunktion, oft aber eher eine möblierende Aufgabe; sie sollen Stadtansichten verschönern, Plätzen einen Orientierungspunkt geben, als Kunst am Bau wirken. Sie sind zugleich Symbole, die eine sinnlich verdichtete Botschaft enthalten, die in der Regel leicht erkennbar ist und gegebenenfalls durch Inschriften noch eindeutig hervorgehoben wird. Im 19. Jahrhundert setzte eine regelrechte Denkmalflut ein, nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa, letztlich weltweit. Auch über den europäischen Kolonialismus wurde der Denkmalkult in alle Welt getragen.

Dabei zeichneten sich mehrere qualitative Prozesse ab:

Erstens die Tendenz weg von der Ehrung bloß von Fürsten und Feldherren, die oft zu Pferd dargestellt wurden, hin zu bürgerlichen Denkmälern, in Deutschland etwa für Schiller, Luther und Gutenberg, also den Helden der Bürger, die auch in Straßennamen auftauchten.

Zweitens die Aufwertung der Nation, die sich in großen Männern und Siegen darstellte. Aber das erforderte Debatten darüber, wer denn zur Nation gehörte, beispielhaft zu sehen an der Walhalla bei Regensburg und der strittigen Frage einer Aufnahme Luthers oder bis heute an der Frage der Aufnahme von Frauen – unter 130 Büsten befinden sich heute nur zwölf von berühmten Frauen.

Drittens die Entwicklung weg vom konkreten, quasi realistischen Denkmal wie etwa dem von Christian Daniel Rauch 1851 geschaffenen Reiterstandbild für Friedrich II. (den Großen) von Preußen in Berlin Unter den Linden über stilisierte Denkmäler wie das Kyffhäuser-Denkmal in Thüringen von 1896 hin zum abstrakten Denkmal, das keine Individuen mehr ehrte, sondern Völker. Dafür standen die Bismarck-Türme und Bismarck-Säulen der wilhelminischen Zeit. Auch das Leipziger Völkerschlacht-Denkmal von 1913 gehört in diese Reihe. Am Ende zählen dazu auch die abstrakten, dem Sozialismus verpflichteten Denkmäler wie das von Walter Gropius 1922 geschaffene Blitz-Denkmal in Weimar, das die Opfer des Widerstandes gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch von 1920 ehrt.

Parallel zum Prozess der Nationsbildung wurden Denkmäler Teil nationaler Identität. Man benötigte sie nach innen, um nationale Zuverlässigkeit auszudrücken, daher etwa die Flut an Kaiser-Wilhelm-Denkmalern selbst im katholischen Rheinland; es gab über dreihundert Kaiser-Wilhelm-Denkmalern und ebenso viele Bismarckdenkmäler. Und man benötigte sie nach außen, um sich in der Konkurrenz der Nationen zu behaupten. Aber es ging streng genommen nicht um die jeweiligen Individuen, sondern um die Nation, die sie repräsentierten.

Nach 1918 fand allerdings kein systematischer Denkmalsturz statt. Die wenigen Denkmalbeschädigungen hatten nur selten mit den revolutionären Unruhen zu tun. So erhielt das Friedrich-Denkmal in Berlin wohl einige Einschüsse. Angriffe auf Denkmäler hatten eher etwas mit nationalen Konflikten zu tun: Die borussischen Denkmäler an der Hohenzollernbrücke in Köln wurden von Separatisten Anfang der 1920er Jahre beschädigt; es ging um die Abspaltung eines Rheinstaates. Im wieder an Frankreich zurückgefallenen Elsass-Lothringen wurden Kaiserdenkmäler gestürzt und durch neue Poilu-Denkmalern ersetzt. Entscheidend war hier die Neubelegung der Denkmäler: Der Ort musste symbolisch in Besitz genommen werden, um die alte Erinnerung zu überformen. Ähnliches geschah in den ehemaligen, dem Deutschen Reich nun durch Friedensvertrag bzw. Völkerbund entzogenen Kolonien. Deutsche Kolonialdenkmäler wurden jetzt zum Teil demontiert. Deutsche Kolonialveteranen, zutiefst beleidigt, behaupteten, die indigene Bevölkerung sei derart anhänglich, dass sie nun die leeren Sockel grüße. Denkmäler wurden und werden jedenfalls vor allem dann gestürzt, wenn sie in ihrer Identitätszuschreibung eindeutig, unmissverständlich sind wie besonders Personendenkmäler; dann können sie kaum umgedeutet werden.

Die Weimarer Republik untersagte die Verleihung neuer Orden und Ehrenzeichen und schuf wenige neue Denkmäler, darunter immerhin ein Denkmal für Friedrich Ebert. Von dieser Ehrungskepsis profitierten die Nationalsozialisten, die ab 1933 einen neuen Ordens- und Ehrenkult schufen. Vielerorts wurden die zentralen Straßen neu mit Namen belegt, und selbstverständlich beseitigte man dabei nicht nur die Namen, sondern auch die Denkmäler der Republik. Das Ebert-Denkmal an der Paulskirche wurde beseitigt, andere republikanische Denkmäler verschwanden. Im Krieg wurde die Metallsammelaktion dann noch einmal benutzt, um eine Hierarchisierung vorzunehmen; monarchische Denkmäler waren jetzt als erstes betroffen. An die Stelle der alten Denkmallandschaft sollten die monumentalen Bauwerke wie in Nürnberg auf dem Reichsparteitagsgelände und

wie in der projektierten Reichshauptstadt Germania treten, quasi als Denkmäler ihrer selbst.

Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte eine gewisse Denkmaldämmerung ein. Kriegerdenkmäler des Ersten Weltkriegs wurden zwar nicht selten erweitert, um der Toten des Zweiten Weltkriegs zu gedenken. Personendenkmäler aber blieben die Ausnahme. Wichtiger ist die Tendenz zur Entheroisierung, zur Profanierung, merkbar an Denkmälern für Adenauer und Brandt, oder an der Tendenz zu Klein- und Alltagsdenkmälern, Denkmälern für städtische und dörfliche Symbolfiguren, die kommunale Identität nach innen befestigten und nach außen unterstrichen – auch im Blick auf touristische Interessen.

Das heißt aber nicht, dass öffentliche Symbolik in Denkmälern unwichtig geworden wäre. Seit 1990 gibt es zudem neue Ehrenmale, allerdings in sehr pluraler und mehrdeutiger Gestalt: das Holocaustdenkmal in Berlin, ein Denkmal für verfolgte Homosexuelle, ein Denkmal für verfolgte Sinti und Roma etc. Viele Erinnerungsansprüche existieren parallel nebeneinander: Soldaten werden beispielsweise ebenso geehrt wie Deserteure. Es entstand und entsteht noch eine neue Denmkultur, deren Formensprache und Intention Interesse verdienen, deren mittel- und langfristige Rezeption aber noch nicht abzusehen ist.

Nach 1989 ist zudem intensiv über den Umgang mit Denkmälern der DDR gestritten worden. Durfte man beispielsweise und an erster Stelle Ernst Thälmann oder Lenin weiter ehren? Die Berliner Denkmalpflegerin und Kunsthistorikerin Gabriele Dolf-Bonekamp hat dafür plädiert, derartige Denkmäler zu erhalten, wenn sie für eine umstrittene Geschichte stünden, einen „Streitwert“ enthielten. Viele Wertungen und Vorschläge stehen auch in dieser Frage nebeneinander und gegeneinander; eine eindeutige oder gar als „richtig“ zu deklarierende Entscheidung kann es nicht geben, nur Einzelfallanalysen und eine Vielfalt an Varianten des Umgangs mit Denkmälern in und nach Systemwechseln, die dann wieder systematisierend nach verschiedenen Mustern geordnet werden können:

Dazu gehört *erstens* die spontane Attacke, nicht zuletzt die Ironisierung, die meist nur ephemere bleibt, etwa durch Begrünung, neue Etiketten, Spruchbänder und dergleichen veränderbare Attribute.

Naheliegend ist *zweitens* der schlichte Sturz, die Beseitigung des unliebsamen Objekts, die bei eindeutigen Zuschreibungen, wie erwähnt, fast unvermeidlich ist. Das erfordert oft schweres Gerät, ist also spontan selten möglich. Dabei ist eine sofortige Neubelegung sinnvoll, um die Stärke und Dominanz des Neuen dauerhaft zu demonstrieren.

Möglich ist *drittens* zumindest in manchen Fällen die dauerhafte Umwidmung, also der Austausch der Botschaft. Das geht besonders dann gut, wenn die Form keine eigene Botschaft vermittelt. Ein aussagekräftiges Beispiel ist das monumentale Elefantendenkmal aus Bremen. Erbaut als kolonialrevisionistisches Denkmal 1931/32, sollte er zur Wiedergewinnung der durch den Versailler Vertrag verlorenen Kolonien auffordern. Heute ist das Denkmal umgewidmet worden, mittlerweile durch mehrere neue Inschriftentafeln, und zum Mahnmal gegen den Kolonialismus erklärt worden. Der Elefant erscheint als Form neutral und lässt verschiedene Botschaften zu.

Ein ähnliches lokales Beispiel ist ein Löwendenkmal in Kassel. Das Denkmal wurde von Preußen, das in Kassel 1866 die Herrschaft übernommen hatte, initiiert und 1874 in der Karlsaue aufgestellt. Es zeigte auf einem über zwei Meter hohen Sockel die Skulptur eines schlafenden, überlebensgroß dargestellten Löwen. Das Denkmal erinnerte an den Widerstand gegen Napoleon, konkret an die Hinrichtung eines Soldaten im Jahr 1807, der sich der Einziehung ins neue Heer widersetzt hatte. Die Inschrift lautete: „Zum Andenken der als Opfer der französischen Fremdherrschaft gefallenen hessischen Patrioten“. Im Zweiten Weltkrieg wurde der Sockel beschädigt, der Löwe fiel herunter. Schließlich wurde er auf reduziertem Sockel 1966 an einer Treppe am Rand der Karlsaue wieder aufgestellt, jetzt eher als Schmuck denn als zeichensetzender Bezugspunkt. Man entschied sich für eine neue Inschrift, die noch heute am Denkmal zu finden ist: „Den für ihre Heimat gefallenen Hessen 1806–1815“. Das Denkmal also blieb, die politisch problematische, auf deutsch-französische „Erbfeindschaft“ und Nationalismus anspielende ältere Formulierung war bereinigt, die Hinrichtung des widerständigen Soldaten unter die Rubrik „gefallen“ eingeordnet und damit in ein allgemeines Soldatenschicksal umgedeutet.

Zur Umdeutung gehören auch Versuche zur Entschärfung von Nationaldenkmälern. So wurde das 1875 eingeweihte Hermanns-Denkmal im Teutoburger Wald von Ernst Bandel, das auf die Befreiungskriege und dann auch auf den Sieg von 1871 verwies, bei den Jubiläumsfeiern von 2000 eher in einen regionalen Erinnerungskontext eingeordnet. Andere Nationaldenkmäler wie das Leipziger Völkerschlachtdenkmals oder das Kyffhäuser-Denkmal werden nachweislich der jeweiligen Jubiläen eher als europäische Erinnerungsorte gepflegt und gefeiert, um ihre nationalistisch-polarisierende Intention abzufedern.

Vierte Möglichkeit der Verfahrensweise bei missliebig geworden Denkmälern ist die Umsetzung in einen neuen Kontext. Gerade nationale und koloniale Personendenkmäler hatten oft eine so eindeutige Botschaft, dass sie Herrschaftswechsel kaum überstehen konnten. So wurden europäische Personaldenkmäler in den Übersee-Kolonien nach dem Ende der Kolonialherrschaft häufig gestürzt oder demontiert und nicht selten sogar ins europäische Mutterland zurückgebracht. Ein Beispiel ist das Denkmal für den deutschen Kolonialpionier Hermann von Wissmann, errichtet 1911 in Daressalam in Deutsch-Ostafrika. Da konnte Wissmann nicht bleiben, als die Kolonie nach dem Ersten Weltkrieg als Mandatsgebiet an Großbritannien fiel; seine symbolische Botschaft war zu eindeutig deutschnational belegt. Also wurde das Denkmal per Schiff zurück nach Deutschland geschickt und 1922 in Hamburg neu aufgestellt, nunmehr auch als kolonial-revisionistisches Denkmal.

Fünftens wurde hin und wieder auch die Entschärfung von Denkmälern durch Musealisierung gewählt, idealerweise die Umsetzung in einen Denkmalpark, wie im Szobor-Park bei Budapest. Dort stehen die Hinterlassenschaften der sozialistischen Denkmalkultur wie Marx-, Lenin oder Arbeiterdenkmäler. Ihre symbolische Macht, ihre Aura, ist gebrochen durch den neuen Kontext einer geschichtspolitischen Geisterbahn.

Sechstens: Wo auch das nicht möglich scheint, werden Personendenkmäler gelegentlich symbolisch enthauptet – als Sinnbild der endgültigen, unwiderrüflichen Überwindung des Vorherigen.

Fazit: Funktionen von Ehrung und Entehrung

Politisch-historische Symbole, ob Straßennamen oder Denkmäler, drücken eine Wertordnung aus. Der Raum der Stadt, der Nation wird belegt und ausgedeutet mit einem Zeichensystem. Ehrung und Entehrung schaffen dabei Eindeutigkeit der Zugehörigkeit durch Identifikation des Erinnerungswürdigen. Sie verlangen Konsens, was Werte angeht. Das ist eine zentrale Herausforderung. Debatten um Namen und Denkmäler provozieren, weil sie Eindeutigkeit verlangen. Jede Debatte um Straßennamen und Denkmäler ist bestimmt von der Suche nach Klarheit, auch nach deutlicher Scheidung von Gut und Böse, von Schuld und Unschuld, von Täter und Opfer. Denkmalsturz stellt Gewissheiten in Frage, durchbricht Routinen des Sehens und Orientierens, verlangt, Stellung zu beziehen. Ehrung und Entehrung emotionalisieren.

Und, wie eingangs betont: Ehre und Ehrensturz haben immer auch mit Erinnerung und Erinnerungskultur zu tun: Eine Ehrung ist die Form der Erinnerung mit der höchsten Dignität. Wie geht eine Gesellschaft mit ihrer Vergangenheit um, wer bestimmt, an was und an wen erinnert und was dabei qua Ehrung herausgehoben wird? Genau dafür sind Ehrungen da: Sie bestätigen die Werte der Gesellschaft, sie bieten ein soziales und emotionales Gelände, an denen sich festhalten kann, wer Gewissheiten sucht. Daher sind sie allerdings auch umstritten, daher werden die Debatten um Namen und Denkmäler nicht aufhören. Und das ist auch gut so, denn es hält die Auseinandersetzung mit Geschichte am Leben.

Ansprache von Susanne Kraus, Kanzlerin der Justus-Liebig-Universität Gießen, anlässlich der Benennung von Mensa und Wohnheim im Leihgesterner Weg in „Mildred-Harnack-Fish-Haus“*

Wir haben uns heute an diesem Ort eingefunden, um einen wichtigen Akzent in der Erinnerungskultur unserer Universität zu setzen. Wir verleihen heute nicht nur der Mensa und dem Wohnheim hier am Leihgesterner Weg den neuen Namen „Mildred-Harnack-Fish-Haus“, sondern wir entfernen auch die bisherige Bezeichnung „Otto-Eger-Heim“. Diesem Vorgang liegt eine universitätspolitische Entscheidung zugrunde, die nach längerem Prozess sorgfältigen Abwägens und Urteilens getroffen worden ist. Unsere Entscheidung für eine solche Umbenennung stellt übrigens keinen Einzelfall dar. Vor kurzem hat beispielsweise das Präsidium der Universität Marburg mitgeteilt, dass das „Ernst von Hülsen-Haus“ aufgrund neuer Erkenntnisse zur politischen Vergangenheit des Kurators Ernst von Hülsen

* Am 25. Oktober 2016 wurde im Rahmen eines Pressetermins die Umbenennung der Mensa und des Wohnheims im Leihgesterner Weg von „Otto-Eger-Heim“ in „Mildred-Harnack-Fish-Haus“ vollzogen.